

Sozialismus für Lateinamerika? : Versuch einer Analyse

Autor(en): **Frickhöffer, Wolfgang**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **51 (1971-1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Würde, der Freiheit und dem Recht auf Selbstverwirklichung des Menschen geschieht.

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 heisst es: «We hold these truths for self-evident: that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable rights, that among these are life, liberty, and the pursuit of happiness.»

Aus der hier besonders erwähnten Verfolgung des Glückes als unabdingbares Menschenrecht lässt sich ohne Zwang auch die Verpflichtung des Staates ableiten, den Bürgern bei der Selbstverwirklichung zu helfen, sie zu fördern. Hier erweist sich unvermittelt, wie hochaktuell die beim ersten Aufkommen des Liberalismus vor bald zweihundert Jahren aufgestellten Postulate noch immer sind. Dass man in der Zeit der industriellen Revolution Liberalismus oft bloss als Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung verstand, und dass ein Teil der Leute heute darunter bloss die Freiheit des Konsums verstehen, spricht nicht gegen das liberale Fundament, sondern gegen Fehlentwicklungen und Fehlinterpretationen, die es zu überwinden gilt.

WOLFGANG FRICKHÖFFER

Sozialismus für Lateinamerika?

Versuch einer Analyse

Chile: Zeichen an der Wand?

Durch die Wahl Allendes zum Präsidenten Chiles sind die lateinamerikanischen Probleme in Europa wieder mehr in den Vordergrund der Betrachtung gerückt, wenn auch einer sorgenvollen Betrachtung. Allende hat ausreichenden Anhang in seinem Land gefunden, auf dem Boden einer Situation, die zum Beispiel auch den Präsidenten Perus, General Juan Velasco Alvarado, zu einer Politik mit sozialistischen Bestandteilen veranlasste. Er führte in einer Rede aus, die grundlegenden Probleme seines

Landes seien unter dem Zeichen des Kapitalismus entstanden, und es wäre daher äusserst unlogisch, sie unter Beibehaltung des Systems lösen zu wollen, das sie hervorgebracht habe. Eine Neuordnung der sozio-ökonomischen Verhältnisse könne in Peru nach den bisherigen Erfahrungen niemals im Zeichen des Kapitalismus vollzogen werden.

Popanz «Kapitalismus»

Nun sind Stimmungen dieser Art, ob sie nun auf einer richtigen oder falschen Analyse beruhen, auf jeden Fall schon für sich ein politisches Faktum. Aber bleiben wir hier zunächst bei der Analyse. Sie ist falsch: Die Behauptung, Lateinamerika habe seine Schwierigkeiten dem «Kapitalismus» zu danken, wird aber natürlich von interessierter sozialistischer Seite bewusst gepflegt, auch wenn sie gänzlich unzutreffend ist. In Wahrheit hat Kapitalismus in Lateinamerika kaum bestanden. Diesem Kontinent ginge es weit besser, wenn er wenigstens Kapitalismus gekannt hätte, noch besser, besonders unter sozialen Gesichtspunkten natürlich, wenn seine Regierungen seit langem ein zielstrebiges Programm der Sozialen Marktwirtschaft betrieben hätten. Ohne das bisschen Kapitalismus, was in Lateinamerika vorhanden war, würde dieser Kontinent noch weit schlechter dastehen als ohnehin schon.

Tatsächlich liegen seine Probleme in der höchst unglücklichen Kombination einer erheblichen Unterentwicklung der freien Wirtschaft mit verfestigten Feudalstrukturen. Südamerika hat unter einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gelitten, die man allenfalls als Feudalkapitalismus bezeichnen könnte. Dass dieser Zustand nicht anhalten kann und darf, liegt auf der Hand. Jedoch ist die Alternative des Sozialismus weit schlechter als die des Übergangs zu einer modernen marktwirtschaftlichen Politik.

Nüchterner Realismus tut not

Hier sei zunächst die Feststellung gemacht, dass aufgrund vieler günstiger äusserer Voraussetzungen dieser Kontinent bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und Anwendung moderner Management-Methoden glänzend prosperieren könnte und keine Not zu leiden hätte. Natürlich ist dieser Zustand unter keinem denkbaren Wirtschaftssystem von heute auf morgen zu erreichen. Es kommt vielmehr darauf an, dasjenige Wirtschaftssystem anzuwenden, das ihn am raschesten und zielstrebigsten herbeiführt.

Das heute in Lateinamerika, aber auch anderswo so sehr angefeindete

Privateigentum an Produktionsmitteln ist als solches nie die Ursache für soziale Schäden und Fehlentwicklungen, in keinem Land der Welt und in keinem Stadium der Wirtschaftsgeschichte. Zu unsozialen Folgen führt lediglich die Einbettung des Privateigentums in eine falsche Wirtschaftspolitik. Gerade dies gilt in Lateinamerika sowohl für konservative wie auch für progressive Regierungen. Hier tut viel nüchterne Prüfung not.

In jedem Wirtschaftssystem muss ein bestimmter Teil des Sozialproduktes für Investitionen verwendet werden. Sie sind für Wachstum und Erneuerung unerlässlich. Was Investitionszwecken zufließt, kann ebenso wenig wie derjenige Teil des Sozialproduktes, der durch politische Beschlüsse dem Staatsverbrauch zugeführt wird, noch für den privaten Konsum zur Verfügung stehen, der im wesentlichen aus den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer gespeist wird. Dabei stellt sich selbstverständlich die Aufgabe, Kapital stets so wirksam für Investitionszwecke anzulegen, dass mit geringstem Aufwand ein möglichst gutes Ergebnis erzielt wird. Je mehr dies gelingt, desto weniger muss die Konsumquote zugunsten der Investitionen beeinträchtigt werden.

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft

In dieser Hinsicht aber ist die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft allen anderen Systemen überlegen. Der Renditevergleich vor der Kapitalanlage zwischen mehreren Möglichkeiten stellt die billigste und wirksamste Investitionslenkung zum Nutzen der Mitmenschen dar. Gerade weil der private Investor aus eigenem Gewinninteresse die ergiebigsten Investitionsmöglichkeiten immer wieder abtastet, schlechte Anlagen abstösst, bessere erwirbt, wird ein Höchstmass an Rationalität der Investitionen erzielt, so dass die volkswirtschaftliche Investitionsquote relativ klein gehalten werden kann. Die staatswirtschaftlichen Systeme dagegen müssen zusätzlich investieren, um Fehlinvestitionen und mangelnde Rationalität der Produktions-Abstimmung auszugleichen. Die Investitionsquote ist dort höher, der Arbeitnehmerkonsum muss stärker eingeschränkt werden.

Der private Investor hat also keine Herrschafts- und Ausbeutungsfunktion. Er belastet vielmehr seine Mitmenschen für Investitionszwecke weit weniger, als dies in denjenigen Wirtschaftssystemen der Fall ist, die keinen privaten Investor kennen und, wie jetzt auch in Chile, ihre Bevölkerung durch den Begriff des Volkseigentums täuschen. Das nach privatwirtschaftlichen Gewinnmassstäben verwendete Kapital hat eine dienende Position. Es zeigt lediglich als Messinstrument objektive Knappheitsverhältnisse an und lenkt so das knappe Kapital in die gesamtwirtschaftlich ergiebigste Anlage.

In der Staatswirtschaft dagegen wird das Kapital zum gefräßigen Ungeheuer. Es hat dort in der Tat Herrschafts- und Ausbeutungsfunktion, weil die Mitmenschen in erheblich grösserem Masse für die Aufbringung der Investitionsmittel beansprucht werden, und die über das Kapital disponierenden Politiker eine weit grössere Macht haben als ein privater Investor.

Worauf es ankommt: eine sinnvolle Wirtschaftspolitik

Dieser dienende Effekt des Privateigentums tritt in ausreichendem Masse allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen ein, wie sie gerade die Soziale Marktwirtschaft schafft. Eine straffe, an stabilem Geld und sachgerecht bemessenem Investitionsvolumen orientierte Konjunktursteuerung zwingt nämlich zusammen mit Wettbewerbspolitik, Sozialinvestitionen und Strukturhilfen die Kapitaleigner, im Interesse der Erhaltung und Mehrung ihres Vermögens ständig einen möglichst grossen Teil ihrer Einkünfte nicht dem privaten Konsum, sondern einer gesamtwirtschaftlichen nützlichen Investition zuzuführen und damit den Mitmenschen dienstbar zu machen. Kein anderes Instrument erfüllt diese Funktion für die breite Bevölkerung billiger und nützlicher, kein anderes Wirtschaftssystem zwingt Kapital und Unternehmer in eine ähnlich ergiebige Treitmühle.

Genau dies ist in Lateinamerika nicht ausreichend der Fall. An einer derartigen Wirtschafts- und insbesondere Konjunkturpolitik mit ihren Instrumenten der Kreditpolitik, Fiskal- und Steuerpolitik, Abschreibungs- und Bewertungsrichtlinien usw. fehlt es dort weitgehend. Der Effekt ist, dass, insbesondere bei Grundbesitzern, ein unverhältnismässig grosser Teil der Gewinne privatem Konsum und nicht in ausreichendem Masse der Investition zugeführt wird. Deshalb kommen die Erneuerung der Strukturen, die Dynamik der Entwicklung und die Wohlstandssteigerung dort nur unzureichend voran.

Den daraus resultierenden Übelständen versuchen die Sozialisten nun mit nur höchst vordergründigen Instrumenten entgegenzuwirken. Es handelt sich durchweg um Instrumente, die als Alternative schlechter sind. Sie schaffen kein zusätzliches Investitionskapital, sondern verringern eher dessen Bildung. Sie belasten Verbraucher und Arbeitnehmer für die Investitionsfinanzierung nicht auf dem Weg über den privaten Investor, aber dennoch in erheblichem und sogar grösserem Masse. Enteignung, Nationalisierung, Preiskontrollen, Devisenbeschränkungen, Aussenhandelsüberwachung usw. können die Probleme nicht lösen, sondern nur verschlimmern.

Das Beispiel Landreform

Ganz besonders gilt dies für die Landreform. So wie sie jetzt in Lateinamerika vorgenommen wird, schafft sie nicht mehr Freiheit und Wohlstand für die bisherigen Landarbeiter und verbessert auch keineswegs die Versorgung der Verbraucher, sondern verschlechtert sie eher. Dass für die Landarbeiter nicht zusätzlich Freiheit und Wohlstand geschaffen wird, liegt auf der Hand. Denn die Mittel für Investitionen, die bisher aus den Einkünften der Grundbesitzer kamen, müssen sie nun selber aufbringen, oder sie kommen vom Staat, müssen also von den Mitmenschen so oder so – und dann meist in weniger rationeller, also teurerer Form – aufgebracht werden.

Die tieferen Ursachen für die bisherigen Schwächen in der Agrarstruktur Lateinamerikas liegen in Funktionsschwächen der Wirtschaftsverfassung; also müssen diese Funktionen verbessert werden. Hier herrscht nicht zu viel Marktwirtschaft, sondern zu wenig. Insbesondere ist das Gewinnstreben mancher Grossgrundbesitzer unterentwickelt. Sie verwenden eben nicht im Interesse der Erhaltung und Mehrung ihres Vermögens einen möglichst grossen Teil ihrer Einkünfte zu modernisierenden Investitionen. Diese Tendenz ist bei ihnen zu schwach ausgebildet, weil die Wirtschaftsverfassung sie dazu nicht antreibt.

Der Grund dafür liegt einmal darin, dass auf den Agrarmärkten nicht genug Wettbewerb herrscht. Es besteht nicht genug Druck, durch niedrige Preise und Rationalisierung des Verteilungssystems hohe Gewinne zu erzielen. Der zweite Grund liegt darin, dass keine hohe Beschäftigung (sondern eine teils offene, teils – aus der Übersetzung der Landwirtschaft ersichtliche – latente Arbeitslosigkeit) herrscht. Bei hoher Beschäftigung mit Mobilität und Dynamik der Gesamtwirtschaft müssten die Grundbesitzer ihren Landarbeitern mit den Industrielöhnen steigende Löhne zahlen, weil sie sonst abwandern würden. Die Schere zwischen Preis-Wettbewerb und steigenden Löhnen würde marktwirtschaftliches Gewinnstreben und Verwendung des grössten Teils der Einkünfte für Rationalisierungsmassnahmen erzwingen – zum Vorteil aller. Dem wirkt aber auch der dritte Grund entgegen: die ständige Inflation in diesen Ländern mindert den Druck auf rationelles Arbeiten.

All dies sind klare Verstösse gegen marktwirtschaftliche Grundsätze. Würden die Funktionen der Wirtschaftsverfassung nach diesen Grundsätzen verbessert, wäre die Positionsverteilung zwischen Grundbesitzern und Landarbeitern eine völlig andere. Heute wandern zwar oft Arbeitskräfte vom Land in die Stadt ab, finden dort aber kaum Arbeit, sondern vermehren das Elendsproletariat. Hier fehlen ebenfalls die Wirkungen zweier

marktwirtschaftlicher Elemente, nämlich der sachgerechten Konjunktursteuerung, die genügend Investitionen für hohe Beschäftigung sichert, und der Regionalpolitik.

Dazu kommt ein spezieller Faktor bei den Landbesitzern. Gewerbliches Sachkapital kostet Geld, wenn es nicht genutzt wird: Lagerkosten, Wertminderung usw. Der Boden kostet nicht in vergleichbarer Weise Geld, wenn er ungenutzt bleibt. Er erfährt keine Wertminderungen. Eine Sonderbelastung auf ungenutzten Boden, die den Boden dem gewerblichen Sachkapital gleichstellt, würde hier die Lage ändern und die Latifundienbesitzer aus ihrem eigenen Interesse heraus, zusammen mit den andern marktwirtschaftlichen Funktionsverbesserungen, zwingen, weniger zu konsumieren, mehr zu investieren, ihre Betriebe zu modernisieren, ihren Boden besser zu nutzen oder zur Nutzung zu vergeben und ihre Arbeitskräfte besser zu behandeln und besser zu bezahlen.

Ausländische Investitionen: Segen oder Fluch?

Was nun die ausländische Mitwirkung bei der Entwicklung Lateinamerikas betrifft, so ist ganz nüchtern und ehrlich festzustellen, dass in der Wirtschaftsgeschichte dieses Kontinents ausländische Investitionen oft in einer Form erfolgten, die in der Tat wirtschaftlich und politisch unerträglich sind und zweifellos auch den Grundsätzen einer modernen marktwirtschaftlichen Ordnung widersprechen.

Dies spricht – ähnlich wie beim Privateigentum an Produktionsmitteln – nicht gegen ausländische Investitionen an sich, sondern wiederum nur gegen ihre Einbettung in eine falsche Wirtschaftspolitik. Werden ausländische Investitionen abgeschreckt, so bessert sich für die Bevölkerung des Landes damit überhaupt nichts. Ausländische Investitionen tragen zum Wachstum bei, zu stärkerer Industrialisierung, zu höherer Beschäftigung, zur Entwicklung des Lebensstandards und damit auch zur Steigerung der eigenen Fähigkeit zur Kapitalbildung. Rückschläge auf allen diesen Gebieten stellen sich ein und belasten die Bevölkerung stärker mit der Aufbringung der Investitionsmittel, wenn man ausländische Investoren entmutigt.

Die Alternative zum Sozialismus liegt wiederum in der konsequenten Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente. Es geht natürlich weder ökonomisch noch politisch an, dass Investitionen nur aus einem einzigen andern Land und oft genug nur von einer einzigen ausländischen Firma kommen. Dies bringt Machtpositionen, die in der Tat unerträglich sind. Es kommt also darauf an, ausländische Investitionen herbeizulocken aus einer Vielzahl anderer Länder und von einer Vielzahl ausländischer Un-

ternehmen und Kapitalsammelstellen. Dies entschärft das Problem schon in der Weise beträchtlich, dass dann unter den ausländischen Investoren eine starke Konkurrenz besteht.

Darüber hinaus muss in Lateinamerika genau wie in Europa und in den USA selbstverständlich eine straffe Wettbewerbsaufsicht eingeführt werden, die die Marktmacht überwacht und ihr notfalls entgegenwirkt, eine Wettbewerbsaufsicht, die gegenüber den ausländischen Unternehmen im Inland selbstverständlich genau so gilt wie gegenüber den nationalen Industrien. Als drittes sollte zur Neutralisierung der aus ausländischen Investitionen drohenden Gefahren an die Einführung flexibler, zumindest aber jeweils ehrlicher und realistischer Wechselkurse gedacht werden.

Eine Aufgabe für die hochentwickelten Länder

An diesem Punkt jedoch beginnt auch die Aufgabe für die hochindustrialisierten Länder in Europa und in andern Teilen der Welt. Hinweise darauf, dass eine moderne marktwirtschaftliche Politik für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas weit mehr zustandebringen könnte als der Sozialismus, bleiben theoretisch und unfruchtbar, wenn die hochindustrialisierten Länder ihre Politik gegenüber Lateinamerika nicht ändern. Das bedeutet konkret, dass wir die Prinzipien und Spielregeln der Marktwirtschaft, die wir selber so stark empfehlen, vor allem im Verkehr mit weniger industrialisierten Ländern in voller Ehrlichkeit anwenden sollten. Dazu gehört eine Öffnung der Grenzen besonders für verarbeitete Produkte aus den weniger industrialisierten Ländern in einem ganz anderen Ausmass als bisher. Wir können nicht diesen Ländern einen Strukturwandel empfehlen, wie er zweifellos dort nötig und angemessen ist, und uns selber jenem Strukturwandel entziehen, der dadurch zustandekommt, dass wir im Sinne einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung die Grenzen in weit grösserem Masse öffnen als zuvor. Dies würde nicht nur den weniger industrialisierten Ländern objektiv sehr gut tun, sondern zugleich ihre Ressentiments gegenüber den höher industrialisierten Ländern, aber auch gegenüber einer marktwirtschaftlichen Ordnung abbauen.

Chancen einer Integration

Damit kommen wir zu einem weiteren Punkt, nämlich der Integration innerhalb Lateinamerikas. Wenn eben davon die Rede war, dass die höher industrialisierten Länder ihre Grenzen für Importe aus Lateinamerika stärker öffnen müssten als bisher, so gilt dies in noch grösserem Masse für

den Warenverkehr innerhalb des lateinamerikanischen Kontinents. Oft ist es leichter, von einem lateinamerikanischen Land aus nach den USA als in ein anderes lateinamerikanisches Land zu exportieren. Hier liegt eine Aufgabe, deren Lösung allein den Lateinamerikanern selber überlassen bleibt, und in der sie von keiner sogenannten «imperialistischen Macht» aus der Gruppe der hochindustrialisierten Länder gehindert werden können.

Weitblickende lateinamerikanische Politiker und Unternehmer erkennen dieses Problem durchaus. Sie weisen darauf hin, dass, wenn in den vergangenen Jahrhunderten innerhalb der USA von Staat zu Staat solche Handelsschranken bestanden hätten wie innerhalb Lateinamerikas, auf der andern Seite aber innerhalb Lateinamerikas die Handelsschranken so niedergelegt worden wären wie innerhalb der USA, dann Lateinamerika heute ein grösseres ökonomisches und politisches Gewicht hätte als die USA, und nicht die USA an Lateinamerika, sondern umgekehrt Lateinamerika an die USA Entwicklungshilfe gewähren würde. Diese These ist gewiss etwas überspitzt, da auch noch andere Faktoren – man erinnere sich zum Beispiel an Max Webers These von dem der Industrialisierung so förderlichen protestantischen Element – zur unterschiedlichen Entwicklung zwischen Nord- und Südamerika beigetragen haben. Dennoch ist der Hinweis richtig, dass Lateinamerika in eigener Regie ganz Erhebliches tun könnte, um die Vorteile der Arbeitsteilung auf diesem Kontinent wahrzunehmen, unrationelle Produktionen auszuschalten und die Kräfte auf Wesentliches zu konzentrieren.

Die Verantwortung der Europäer

Die mit dem Thema gestellte Frage kann an dieser Stelle verständlicherweise nicht zureichend beantwortet werden. Dem Verfasser geht es auch zum wenigsten darum, Mahnungen eines Präzeptors an Lateinamerika zu richten, sondern vor allem darum, an die Verantwortung der Europäer und anderer hochindustrialisierter Länder zu appellieren. Von unserem Vorbild und unserer Art, mit den lateinamerikanischen Nationen umzugehen, wird sehr viel abhängen. Sozialismus für Lateinamerika, mit allen weltpolitischen Gefahren, die daraus drohen könnten? Ob es dazu kommt, liegt auch und vorzugsweise an uns Europäern.